



GR. Siegl stellt den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, sofort alle Schritte einzuleiten, welche eine Sicherung der Grundfläche für die Aktion der Schrebergärtner, bezw. für die Siedlungsaktion gewährleisten. Der Antragsteller weist darauf hin, dass ca 6 1/2 Millionen Quadratmeter Grund im abgelaufenen Jahre bewirtschaftet wurden. Die Erträge dieser Fläche, die 160.000 Personen zugute kamen, werden auf 10 Millionen Kronen geschätzt. Das Streben der Schrebergärtner geht nun dahin, auf der von ihnen bearbeiteten Scholle wohnen zu können, um so auch die Möglichkeit Kleintierzucht zu betreiben zu haben. Die Schrebergärtner haben daher eine Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Gartensiedlung“ gegründet und verlangen die Ueberlassung von Grund zur Erbauung einfacher Wohnstätten. In letzter Zeit sind in Wien viele Wohnungsgenossenschaften und Gesellschaften gegründet worden, die eine Verwertung der sogenannten notariarischen Gründe bezwecken wollen. Soll nun die Siedlungsaktion Erfolg haben, so muss den Schrebergärtnern die nötige öffentliche Hilfe zuteil werden, insbesondere müssen die benötigten Flächen für diese einheitliche Siedlungsaktion in Anspruch genommen werden. Die Gemeinde Wien müsse daher die in Betracht kommenden Flächen ansprechen.

Die Anträge werden an den Stadtrat gewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

V.Bgm. Hög teilt mit, dass das Ref-erat über die Errichtung einer städtischen Sacharinfabrik von der Tagesordnung abgesetzt wurde, da in dieser Frage neuerlich Verhandlungen mit dem Staatsamt der Finanzen stattfinden.

Der Verwaltungsbericht der städtischen Leichenbestattung den V.Bgm. Rain erstattet wird zur Kenntnis genommen.

V.B. Rain berichtet über den Wirtschaftsbetrieb der Gemeinde in Farra. Der Bericht wird genehmigt und der Antrag des Ref-erates den beim Wirtschaftsbetriebe tätigen Beamten eine Vergütung der Spesen und der Schäden die sie anlässlich des Rückzuges erlitten haben zu ~~erhalten~~ vergüten, angenommen.

Nach einem Berichte des V.B. Heumann wird ein Zuschusskredit von 35.000 K aus Anlass der Bewilligung von Verwendungszulagen für die gesamte nicht ärztlichen Sanitätsbediensteten bewilligt.

St.R. Breuer beantragt der Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates eine Subvention von 30.000 K zu bewilligen.

G.R. Josef Müller beantragt die Erhöhung auf 50.000 K. Letzterer Antrag wird angenommen.

Nach einem Berichte des St.R. Dr. Haas wird der Ankauf von Kraftwagen für das Gesundheitsamt genehmigt.

V.B. Rain berichtet über die Organisation der Kraftstellwagenunternehmung. Die Stadtratsanträge werden angenommen.

St.R. Dr. Kleinböck beantragt den Staatsdenkmalamt für die Fortsetzung der Kunstatopographie Wiens, die Bearbeitung der Wiener Archive und die Schaffung einer Zentralstelle für kunstgeschichtliche Photographien „Deutschösterreich“, besonders Wiens eine jährliche Subvention von 5000 K bis zur Abschuld des Werkes, längstens aber für die Dauer von 5 Jahren zu bewilligen. (Angenommen.)

G.R. Körber beantragt dem Wiener Trabrennverein als Ehrenpreis einen Betrag von 4400 K zu widmen, der als „Preis der Stadt Wien“ vergeben werden soll. (Angenommen.)

G.R. Schaeider beantragt den städt. Straßenbahnen ein Betriebskapital von 10 Millionen Kronen, für welches gleichzeitig ein Sachkredit in gleicher Höhe bewilligt wird, der auf das Investitionsanbahn vom Jahre 1914 zu verweisen ist zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

G.R. Schaeider beantragt ferner den derzeitigen Gemeinderats-

funktionären die Straßenbahnfreikarten bis Ende 1919 zu belassen. (Angenommen.)

Ferner beantragt G.R. Schaeider dem Baurat Kierstein der die Pläne zum Zubau des Rathauses anfertigte für diese Arbeiten, (für Mehrleistungen und Leistungen im Kriege) das Architektenhonorar um 20.000 K zu erhöhen. (Angenommen.)

G.R. Spalowsky berichtet über die Erhöhung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung.

G.R. Bermann weist darauf hin, dass der Gemeinderat neuerliche Schritte unternimmt um die Lage der Arbeitslosen wenigstens teilweise verbessern zu helfen. So sehr auch die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung das Budget der Gemeinde belastet so ist sie doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Gemeinde kann aber nicht mehr leisten und wahrscheinlich auch der Staat nicht. Es drängt sich immer mehr die Ueberzeugung durch, dass der Frage der Arbeitslosigkeit nicht durch Unterstützungen bedankommen ist, sondern dass sie nur durch Arbeit und Arbeitsgelegenheit beseitigt werden kann. Bedauerlich ist das Vorgehen der Unternehmer während des Krieges und in der Zeit des Zusammenbruches.

Er urgiert seinen bereits seinerzeit im Gemeinderat gestellten Antrag so dahin geht, dass auch jenen Familienangehörigen, die im Bezuge eines staatlichen Unterhaltsbeitrages stehen die Arbeitslosenunterstützung zuerkannt wird.

G.R. Spalowsky bemerkt, dass er über diesen Antrag im Stadtrat berichtet habe und dass dieser dort auch angenommen wurde.

GR. Doppler: Es soll die Arbeitslosenunterstützungen nicht davon abhängig gemacht werden, dass die Bezugsberechtigten einer bestimmten Partei angehören. Wer sich um eine Arbeitslosenunterstützung bewirbt, muss sich mit einem Mitgliedabuch der sozialdemokratischen Organisation ausweisen (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das sind Pauschalverdächtigungen). Diese Unterstützungen sind öffentliche Gelder und sie müssen jeden Arbeitslosen ohne Rücksicht darauf, wie er organisiert ist, ausbezahlt werden. (Lebhafter Beifall rechts. Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Das sind Verdächtigungen). Ich stelle unter Beweis, dass solche Fälle vorgekommen sind. Wir sind für die Unterstützungen, verwahren uns aber dagegen, dass ein solcher Zwang und Terror ausgedrückt wird. (Lebhafter Beifall rechts, anhaltende stürmische Gegenrufe links. VB. Hoss gibt wiederholt das Glockenzeichen).

GR. Karl Richter: Namens der Gewerkschaften, welche mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen betraut sind, lege ich gegen die vorgebrachte Behauptung entschiedenste Verwahrung sein. Es ist eine Lüge und Verleumdung (stürmische Oho Rufe bei den Christlichsozialen), dass die Auszahlung von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation abhängig gemacht wurde. Allerdings wird die Zuweisung der Unterstützung von der Vorweisung einer Legitimation abhängig gemacht. Es gibt keinen Fall, dass ein nicht sozialdemokratisch organisierter Arbeitsloser deshalb abgewiesen wurde. Wir müssen darauf bestehen, dass GR. Doppler konkrete Fälle anführt.

GR. Doppler: Beim Schneiderverband ist das vorgekommen.

Stürmische Zwischenrufe: Das ist eine Verleumdung! Beweise erbringen! Erregte Gegeurrufe bei den Christlichsozialen. In dem andauernden Lärm gibt VB. Hoss wiederholt das Glockenzeichen und fordert die Gemeinderäte, die in der Mitte des Saales heftig aneinander geraten auf, sich auf die Plätze zu begeben.

Neue Zwischenrufe auf beiden Seiten zeigen die anhaltende Erregung.

Man hört die Rufe von sozialdemokratischer Seite: Zuerst habt Ihr sie arbeitslos gemacht und jetzt spielt Ihr Euch auf Ihre Petter aus! Wir lassen uns keine Verleumdungen von Euch bieten.

GR. Melcher: Die alten Zeiten kehren wieder.

Auch Schriftführer GR. Philp begibt sich zu den Gemeinderäten und versucht auf sie beruhigend einzuwirken.

VB. Hoss: Ich weise zurück, dass GR. Richter von Lüge gesprochen hat. GR. Doppler hat nicht verleumdet, er hat gesagt, dass ein sozialdemokratisches Mitgliedabuch vorgelegt werden muss. Ich bitte nachzuweisen, dass das nicht so ist.

Gegenruf bei den Sozialdemokraten: Zuerst muss Doppler den Beweis erbringen. *Gr. D. Heumann als obiger Redner liefert auf:*

Der Vorwurf der Verleumdung und Lüge fällt auf sie zurück, das werde ich an der Hand eines Beispiels nachweisen.

Der Obmann Stellvertreter einer christlichen Schneiderorganisation Neuhauer, der arbeitslos geworden war ist um Unterstützung beim Verband der Schneider eingeschritten. Er wurde gefragt, ob er der sozialdemokratischen Organisation angehöre und als er dies verneinte, erklärte die Beamtin, die Gemeissin, dass er keine Unterstützung erhalte. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Vom Verband! ) Wenn das einem andern passiert wäre, wäre er wahrscheinlich unter dem Zwang dieser Verhältnisse der sozialdemokratischen Organisation beigetreten, Maximilian Heubauer begab sich zum Sekretär des Verbandes, erklärte, dass er auf die Unterstützung Anspruch habe, da sie nicht von dem Verbandsgezahlte werde, worauf der Maximilian Sekretär zur Beamtin hinunterging und ihr sagte dem Herrn muss die Unterstützung ausgezahlt werden. Darauf erwiderte die Beamtin, da man aufgeklärt werden. Wenn die Beamtin den Nachweis der Zugehörigkeit zur Organisation verlangt, so geht daraus hervor dass er in hadernden Fällen so gemacht wurde und indem einen Fall ist man eben auf einen Arbeiter gestossen, der sich sein Recht nicht nehmen lieg. Das ist ein Fall unter Hunderten. (G.R. Schwarz unter Tausenden. G.R. Hellmann das ist ein Mißverständnis.)

GR. Scnorsch weist darauf hin, dass im Arbeitslosenamt von Seiten des Staatsamtes eine kaiserlich strenge Kontrolle geübt wird, und er fuhr dem Magistratssekretär Hofer als zeugen dafür an, dass Dr. Pribram erklärt habe, dass er mit der Durchführung der Auszahlung an die Arbeitslosen die besten Erfahrungen gemacht habe und dass die Gewerkschaften diese strenge handhaben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Volkspresse!) Wenn das Arbeitsbuch der Organisation oder Gewerkschaft verlangt wird, so geschieht dies nur deshalb, weil sie auch von dieser Seite eine Unterstützung bekommen. GR. Waldsam hat in einer der letzten Sitzungen davon gesprochen, dass in den städtischen Elektrizitätswerken Terror geübt werde. Ich bin nun in der Lage folgendes mitzuteilen: Der Mann, um den es sich handelt, heisst Swoboda und ist seit Dezember 1918 in der Organisation. Er hat sich den damaligen Vertrauensmann angetragen, auch bei der christlichsozialen Organisation Mitglied zu bleiben, um zu sehen, wie es dort zugehe und damit er dann berichten könne. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört!) Das wurde abgelehnt. Was die Erklärung des Kollegen Waldsam betrifft, so hat Swoboda angegeben, dass diese nicht richtig ist. (Rufe bei den Christlichsozialen: Er ist doch vom Dienst suspendiert worden). Es ist aber unsichtig, dass er ihnen mitgeteilt hat, dass gegen ihn Terror geübt wurde. Dies möchte ich nur konstatieren, um zu zeigen, dass zwischen dem, was sie anführen um den Tatsachen eine grosse Kluft besteht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

G.R. Fischer Es ist Pflicht der Gesellschaft Notleidende zu unterstützen es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die wirklich Mindestbemittelten von der Aktion nicht ausgeschlossen werden. Der Redner erzählte dann ein Beispiel das einer Witwe mit zwei Kindern die von den Versorgungsgehilfen ihres im Kfeld gefallenen Mannes und von ihren Verdienst als Bedienerin von 50 K monatlich nach dem Tod des einen Kindes das buchstäblich verhungert ist, den Mindestmitteltenkarte entzogen wurde, weil sie nunmehr in Bezüge von 120 K monatlich stünde und die Grenze für ein Einkommen zum Bezug einer Mindestmitteltenkarte für Frau und Kind mit 130 K festgesetzt sei. Hätte die Frau nicht die Bedienung übernommen, würde sie faulenzen so bekäme sie eine Mindestmitteltenkarte. Er bittet diesen Unrecht nachzugehen und den Fall aufzuklären, wobei ihn der Vorsitzende mitteilt, daß eine Aktion wegen Verlegung der Grenzen des Einkommens für die Mindestmitteltenkarten im Anzuge sei.

St.R. Spalowsky sagt in seinem Schlußwort, daß ihm als Referenten in Gemeinderäte wiederholt Beschwerden über solche von G.R. Doppler besprochene Vorkommnisse zugekommen sind und er den Leuten den Rat gegeben hat, sich an das Staatsamt für soziale Fürsorge um Abhilfe zu wenden. Die Arbeitslosenunterstützung muß jeder Arbeitslose ohne Rücksicht auf seine Organisation-zugehörigkeit erhalten.

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge angenommen.

St. R. Spalowsky beantragt, Mannschaftspersonen der städt. Feuerwehr die aus dienstlichen Gründen an dienstfreien Tagen zu Dienstleistungen herangezogen werden müssen auch weiterhin eine Entschädigung von 50 h per Stunde auszubehalten.

G.R. Heider beantragt, diese Entschädigung mit 1 K per Stunde festzusetzen.

G.R. Zeigl erklärt, daß die Entschädigung von 50 h im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der Feuerwehr nur für die Uebergangszeit festgesetzt wurde, bis die Neuregelung eintritt.

G.R. Doppler Wenn es auch nur um ein Uebergangsstadium handelt soll den Leuten die einen so schweren Dienst machen 1 K ausbezahlt werden.

St. R. Spalowsky erklärt in seinem Schlußwort, daß er das Referat für St.R. Schwer übernommen hat und sich der beantragten Erhöhung anschließt.

Der Antrag Heider wird dahin angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Tomola werden zum Besuche der Lehrwerkstätte der Lehr- und Versuchsanstalt für Korbflechterei drei Stipendien zu 600 Kronen vom Schuljahr 1919/20 angefangen, bis auf Widerruf gewidmet.

StR. Vaugoin berichtet über die Systemisierung von Stellen, in dem dem Stadtbauamte unterstellten Anstalten und Betrieben anlässlich der Einführung des Achtstundentages. Die betreffenden Anträge und die Kosten von mehr als 3 Millionen Kronen werden genehmigt.

Die Umgestaltungen im Hause 16. Bezirk Arathgasse 34 für Kanzleien des Bezirksjugendantes werden nach einem Antrage des StR. Vaugoin genehmigt.

Vom StR. Vaugoin gestellte Anträge betreffend die Richtigtstellung der allgemeinen Dienstordnung für Angestellte werden angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Tomola wird der Marie Schneider die Bezahlung des Kaufschillingsrestes von 65.000 Kronen bis 1. September 1919 gestundet und die Frist zur Verbauung der in Betracht kommenden Baustelle bis 1. April 1920 verlängert.

VB. Reumann übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet über die Vermietung von Räumen der Kanzleigebäude des Schlachthofes St. Marx an den deutschösterreichische Wirtschaftsverband für den Viehverkehr und an die amtliche Fleischübernahmestelle. Die Räume werden im den Jahreszins von 13.300 Kronen gegen vierteljährige Kündigung vermietet.

GRGDE, Glasauer: Der Post an und für sich stimme ich gerne zu. Es wird jedoch kein Erfolg erreicht werden, wenn wir diese Räume der Biechverwertung zuweisen, wenn nicht in gleicher Weise die Regierung es durch setzt Vieh aus den Kronländern nach Wien zu beschaffen. Es kommt so gut wie gar nichts nach Wien. In Tirol wo es nur drei fleischlose Tage gibt während wir wochenlang kein Fleisch bekommen, verkehren die sozialdemokr. Organisationen insbesondere die Eisenbahner das Vieh nach Wien verladen wird. Diese Zustände sind unhaltbar und es wäre niemand mehr geeignet als der Herr Unterstaatssekretär Genosse Eldersch, da er selbst im Volksernährungsamt ist und es müßte ihm auch ein leichtes sein seine Parteigenossen die Aushungerung Wiens systematisch betreiben. Die Bauern bringen das Vieh zur Bahn dürfen es aber nicht einladen. Es wird jedem Bauern gedroht das sein Haus angezündet wird wenn er nur ein Stück nach Wien schickt. In dieser Richtung müssen beim Volksernährungsamt Schritte unternommen werden um diesen Uebel abzuwehren.

G.R. Emmerling erklärt er müsse diese Pauschalverdächtigungen zurückweisen. Es gäbe keine Sozialdemokraten die solcher Handlungen fähig seien wie sie Dr. Glasauer geschildert hat. Er könne ebenso gut sagen, daß die Bauern ihre Waren zurückhalten und im Schleichhandel verkaufen.

Berichterstatter V.B. Hoss erwidert in seinem Schlußwort, daß G.R. Emmerling zum Schluß ebenfalls eine Pauschalverdächtigung gegen die Bauern erhoben habe. Es müsse von beiden Parteien auf die ihr angehörigen Bevölkerungsschichten eingewirkt werden, daß Wien mit Lebensmittel versorgt werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

V.B. Rain berichtet in Vertretung des Dgn. Dr. Weiskirchner über den Betritte der Gemeinde Wien zur Futtermittelverkehrsgesellschaft. Die Beteiligung der Gemeinde Wien mit einer Einlage von 150.000 K wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die öffentliche Sitzung geschlossen.